

## Mehr Selbstbewußtsein!

Aus der „Jüdischen Zeitung für Ostdeutschland“, einem zionistisch orientierten unabhängigen jüdischen Blatt entnehmen wir folgende beachtenswerte Äußerungen:

Der Berliner Polizeipräsident Dr. Weiß ist, wie wir bereits gemeldet haben, von den Nationalsozialisten und ihrer Presse aufs heftigste angegriffen worden, als er die Polizeiaktion im Reichstage nach der Verprügelung des Journalisten Dr. Klotz geleitet hat. Die nationalsozialistische Presse setzt die Hetze gegen Dr. Weiß mit unverminderter Heftigkeit und immer neuen Angriffen fort. Bei dieser Sachlage sollte man annehmen, daß sich sowohl die Juden, wie auch die Reste des freiheitlich und gerecht denkenden Bürgertums, für Dr. Weiß einsetzen. Was soll man aber dazu sagen, wenn eine liberale Berliner Zeitung staatsparteilicher Richtung und eine linksorientierte Weltzeitung außerhalb Berlins gegen das Verhalten von Dr. Weiß Stellung nehmen und erklären, Dr. Weiß hätte, möge er auch noch so korrekt im einzelnen gehandelt haben, mit Rücksicht darauf, daß er Jude ist und den Nationalsozialisten schon lange ein Dorn im Auge ist, sich von der persönlichen Leitung der Aktion im Reichstage fernhalten müssen. Sogar ein so betont jüdisch eingestelltes Blatt wie das Kölner jüdische Wochenblatt ist der Ansicht, daß es angeraten gewesen wäre, wenn Dr. Weiß nicht persönlich diese Aktion vorgenommen hätte.

Gegenüber diesem Standpunkt muß doch mit allem Nachdruck folgendes gesagt werden. Herr Dr. Weiß war z. Zt., als er die Polizeiaktion leitete, der geschäftsführende Polizeipräsident von Berlin, da der Polizeipräsident Grzesinski sich auf Urlaub befand. Die Wichtigkeit einer polizeilichen Aktion im Reichstage — ein früher kaum vorstellbares Vorkommnis — brachte es notwendig mit sich, daß der Polizeipräsident persönlich, bzw. sein Vertreter, die Aktion in die Hand nahm. Das wird auch von allen denen, die Dr. Weiß' Vorgehen für richtig halten, nicht in Zweifel gezogen. Verlangt man von Dr. Weiß, daß er mit Rücksicht darauf, daß er Jude ist, sich von der Leitung einer der wesentlichsten Amtshandlungen, die in seinem Amte überhaupt vorkommen können, fernhält, so liegt darin praktisch das Zugeständnis, daß es unter den heutigen Umständen jüdische Beamte in Deutschland nicht geben darf, denn Beamte, die unter gewissen Situationen mit Rücksicht auf irgend welche persönlichen Eigenschaften ihren Dienst nicht ausüben können und Diensthandlungen nicht vornehmen können, sind eben für die Besetzung dieser Dienststellen ungeeignet. Was für den Polizeivizepräsidenten bei der Polizeiaktion im Reichstage gilt, kann jederzeit gegen jeden anderen jüdischen Beamten bei irgendeiner analog gelagerten Situation geltend gemacht werden. Wir begrüßen es daher, daß Herr Dr. Weiß in der C.V.-Zeitung in einem „Mehr Selbstbewußtsein“ überschriebenen Artikel gegen die Angriffe von jüdischer und demokratischer Seite Stellung genommen hat. Ganz richtig führt Dr. Weiß in seinem Artikel folgendes aus:

„Machen die Vertreter solcher schwächlichen Auffassung sich denn nicht klar, daß ihr Gedankengang letzten Endes im Argumentenarsenal des Antisemitismus endet? ... Ein in Beamtenstellung stehender Jude darf nach dieser Auffassung also die Pflichten seines Amtes nicht erfüllen, wenn er sich hierbei im Einzelfalle gegen grundsätzliche Judengegner wenden muß. Die natürliche Folge: Kein Jude darf eine Staatsstellung bekleiden, die ihn in „Kollision“ mit Judengegner führen könnte; mit anderen Worten: kein Jude darf Verwaltungsbeamter, darf Richter oder ein ähnliches Organ des Staatswillens werden. Gibt es aber auf dieser politischen Linie überhaupt ein Halten? Haben die Judengegner nicht durchaus recht, wenn sie in folgerichtiger Durchführung ihres judenfeindlichen Standpunktes dann auch andere Berufe für die Juden sperren wollen?“

Ich komme zum Schluß. Die Zeiten sehen für uns Juden gewiß nicht rosig aus. Eine Welle des Antisemitismus hat sich über unser deutsches Vaterland ergossen, von der wohl kein einziger Jude verschont bleibt. Nichts Unwürdigeres und Erbärmlicheres aber gibt es in solcher Lage, als schwächlich und mutlos den Kampf aufzugeben, uns judengegnerische Argumente des Gegners auch nur im Kompromißwege zu eigen zu machen und hiermit dem Gegner freie Bahn zu schaffen zur Verwirklichung seiner letzten Forderungen. Je mehr man uns angreift, desto lebendiger und kraftvoller wollen wir ... uns zur Wehr setzen, vor allem aber — allen Gegnern zum Trotz — sachlich und unerschrocken für das Wohl der Volksgesamtheit unsere Pflicht erfüllen, jeder an dem Platze, an den das Schicksal ihn gestellt hat.“

## Jüdischer Sport und Antisemitismus

Durch die jüdische Presse ging die Nachricht, daß nach dem Endspiel um die Bukowinaer Fußballmeisterschaft das in Czernowitz zwischen dem jüdischen Sportverein Makkabi und dem deutschen Sportklub „Jahn“ ausgetragen und vom Makkabi mit 2:1 gewonnen wurde, die Anhänger des deutschen Vereins „Jahn“ die siegreiche Mannschaft feige überfielen und mit Schlagwaffen bearbeiteten. Der Überfall auf die jüdischen Sportleute war von den antisemitischen Rowdys, die die Niederlage der „Jahn“-Mannschaft vorausgesehen hatten, offenbar vorbereitet, denn sie waren bereits mit Stöcken und Knüppeln auf dem Spielplatz erschienen, bei einigen hat die Polizei sogar Revolver beschlagnahmt. Die angegriffenen Makkabileute setzten sich tapfer zur Wehr, bis ein größeres Polizeiaufgebot erschien und die Kämpfenden trennte. Sechs Mitglieder des „Jahn“ wurden verhaftet.

Ein zweiter Zwischenfall ereignete sich vor einer Polizeiwachtstube. Ein Spieler von Makkabi wurde im fahrenden Auto von einem Stein getroffen, den ein Mitglied des Klubs „Jahn“ gegen ihn geschleudert hatte. Der Makkabimann sprang ab, faßte den Täter und übergab ihn einem Schutzmann. Eine Gruppe von „Jahn“-Leuten unter Führung des Turnlehrers Franz Gruber eilte hinzu und versuchte unter dem Rufe: „Juden nach Palästina!“ sich auf den Makkabi-Spieler zu stürzen, was von der Wache nur mit Mühe verhindert wurde.

Mit seinem siegreichen Spiel gegen „Jahn“ wurde Makkabi Bukowinaer Fußballmeister für das Jahr 1932.

Diese Mitteilung zeigt, daß das antisemitische Programm der Nationalsozialisten für das gesamtdeutsche Interesse im Auslande schädlich ist, denn, während früher die Auslandsdeutschen oft zusammen mit den jüdischen Minderheiten um ihr Recht kämpften, zerbricht jetzt diese gemeinsame Kampffront. Auch ist das rüpelhafte Benehmen der auslandsdeutschen Nationalsozialisten kaum geeignet, das deutsche Ansehen in der Fremde zu fördern.

Vom jüdischen Standpunkt aus betrachtet, gibt dieser Vorfall noch zu einer anderen Überlegung Anlaß: Der sportliche Kampf ist ein ritterlicher Kampf. Er soll von Gegnern ausgetragen werden, die, wenn sie auch ihre Kräfte miteinander messen und bestrebt sind, den Gegenspieler zu besiegen, sich gegenseitig achten. Diese Achtung ist unbedingte Voraussetzung für ein fair play, aber sie ist nicht immer gegeben.

Die jüdischen Sportvereine haben sich von dieser Erwägung nicht immer leiten lassen. Ein krasses Beispiel dafür bietet ein österreichisches Land, in dem sich die bürgerlichen Sportverbände

zu einer nationalen Spielgemeinschaft unter Ausschluß der jüdischen Vereine zusammengeschlossen haben, sich aber gleichzeitig gnädig bereit fanden, Hakoah und Makkabi in eine internationale Spielgemeinschaft aufzunehmen.

Verschiedene Ortsgruppen des Bar Kochba haben allerdings seit längerem die Konsequenzen aus dem antisemitischen Verhalten der bürgerlichen Sportorganisationen gezogen. Sie wollen nicht länger bei ihrer sportlichen Betätigung als Bürger zweiter Klasse behandelt werden. Nicht nur die politische Einsicht und jüdisches Selbstbewußtsein, sondern auch die Erkenntnis, daß der Wirtschaftskampf in der jüdischen Gesellschaft eine weitgehende Strukturwandlung hervorgerufen hat, veranlaßte sie, sich dem Arbeiter-Turnbund anzuschließen. Aber leider haben noch nicht alle Ortsgruppen (z. B. auch Leipzig), so viel Würde aufbringen können. Das darf nicht so bleiben. Der Überfall von Czernowitz muß ein Mahnruf sein für die jüdische Sportbewegung. Es ist nicht allein ein Gebot der Selbstachtung, der Anschluß an den ATB ist eine Selbstverständlichkeit. Durch ihn würden genug Jugendliche gewonnen werden, die politisches Reinlichkeitsempfinden davon abhält, einem der bürgerlichen Bewegung angeschlossenen Vereine beizutreten, denn mag die deutsche Sportbehörde sich auch noch so loyal verhalten, daß jüdische Sportverbände antisemitisch orientierten Klubs gegenübergestellt werden, läßt sich nicht verhindern, Zwischenfälle wie in Czernowitz, werden nicht die einzigen bleiben. Dr. B. A.

Zu diesen Ausführungen ist vielleicht noch wichtig zu betonen, daß durch die augenblickliche Lage im jüdischen Sport die Isolierung zionistischer und nationaljüdischer Kreise unnötig gefördert wird. Während ein Teil der linksgerichteten zionistischen Jugend, in dem überwiegend unter kommunistischem Einfluß stehenden „Jüdat“, der aber dem sozialdemokratischen Arbeiter-Turn-Bund nur aus taktischen Gründen angeschlossen ist, wenig im Sinne ihrer jüdischen und sozialen Aufgaben zu tun vermag, versperrt der Bar Kochba durch seinen Nichtbeitritt in den ATB diesen Menschen die Reihen der großen nationaljüdischen Sportbewegung. Aus diesem Grunde mag er gegen seinen Willen gerade zur Stärkung der kommunistischen Arbeit in der jüdischen Jugend beitragen.

Die Poale-Zion-Mitglieder im „Jüdat“ haben sich über allzu loyale Behandlung bisher nicht beklagen dürfen. Ihre Forderung z. B., einen Redner des Komitees für das arbeitende Palästina im „Jüdat“ sprechen zu lassen, wurde sabotiert, über politische Fragen reden auf den Heimabendenden Kommunisten, während Sozialdemokraten gnädigerweise gelegentlich über Knie- und Rumpfbeuge zu sprechen, aufgefordert werden, eine Einladung der Jüdisch-Sozialistischen Arbeiterjugend zur 1. Mai-Feier wurde 4 Wochen später den Mitgliedern verlesen, und dieser Spott wurde als Zeichen besonderer Loyalität von den Kommunisten bezeichnet! Dies nur einige Beispiele zur Kennzeichnung der kommunistischen Geistesart im „Jüdat“ gegen die Gruppe der zionistischen Sozialisten, die wiederholt, vor einigen Wochen erst wieder, gegen diese Politik mit den Kommunisten sich auseinandersetzt. n. r.

Besucht bitte

**Kaffeehaus  
„Lindner“**

Reichsstr. 30

## Aus der jüdischen Welt

**Bayrisches.** Bei den verflossenen Landtagswahlen hat ein Teil des Judentums in München wieder der Staatspartei ihre Stimme geben wollen, aber diese hatte sich mangels Wähler dem bayerischen Bauernbund angeschlossen. Dieser präsentierte in den zehn Münchner Wahlkreisen den Verleger Hanfstängl als Kandidaten. Bis in die letzte Zeit hinein hatte er als den Nazi nahestehend gegolten und ist obendrein mit dem bei Knickerbocker erwähnten „Reichspresschef“ Hitlers verwandt. Aber Herr Hanfstängl wurde nicht M. d. L. Die zahlreichen jüdischen Stimmen erhielt der Bauernbund. Und ausgerechnet diese Mittelpartei tritt für Regierungsbeteiligung der Nazi ein, um einen lästigen Konkurrenten loszusein. Also sind die Münchner jüdischen Wähler der Staatspartei zweimal „angeschmiert“, wie man sagt.

Aber ein Unglück kommt selten allein. So hat der bisherige Vorsitzende des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus, Landesgruppe Bayern, Freiherr von Falkenhausen, den Weg zu den Nationalsozialisten gefunden. So muß sich das „Schutzjudentum“ nach einem neuen „Schirmherrn“ umsehen, statt zu begreifen, daß die eigene Ehre, Freiheit und Lebensmöglichkeit nur eigene Sache des Judentums sein kann.

**Errichtung der ersten jüdischen Arbeiterkolonie — Produktive Arbeitslosenhilfe — Landwerk Neuendorf.** Seit langem verfolgt die Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge das Projekt der Errichtung einer jüdischen Arbeiterkolonie. Nach Überwindung mannigfacher Schwierigkeiten ist es nunmehr infolge der großzügigen Unterstützung des Preußischen Wohlfahrtsministeriums, des Preußischen und der anderen jüdischen Landesverbände gelungen, das Gut Neuendorf bei Berlin zu übernehmen, das die Möglichkeiten gibt, in größter Zahl jüdische Arbeitslose sowohl in Landwirtschaft und Gärtnerei als auch in handwerklichen Nebenbetrieben zu beschäftigen.

War diesem Projekt schon in wirtschaftlich gesünderer Zeit eine besondere Bedeutung beizumessen, da es allein in der Lage ist, unabhängig von den Schwankungen des Arbeitsmarktes einer größeren Zahl langjähriger Arbeitsloser und damit völlig Entwurzelter Gelegenheit zu geregelter Arbeit zu geben, so ist ihm im gegenwärtigen Augenblick ein ganz besonderer Wert zuzuerkennen. Die steigende Zahl jüdischer Arbeitsloser, die Unmöglichkeit für viele, auf absehbare Zeit in den Produktionsprozess wieder eingereiht zu werden, entlassene Jugendliche, die eben ihre Lehrzeit beendet und keine Möglichkeit haben, neue Arbeitsstellen zu finden, abgebaute ältere Angestellte und viele andere Kategorien mehr können und müssen von der jüdischen Öffentlichkeit erwarten, daß ihnen die Möglichkeit ge-